



Die Wirtschaft holt sich ihre Arbeitskräfte ohne Rücksicht auf Menschenwürde:
Saisonnier 1961 in Zürich.

Am 17. Mai kommt die gefährliche Begrenzungsinitiative -: SVP zur Abstimmung

Den Schwexit abwenden

Im Mai geht es um eine fundamentale Weichenstellung: Wenn die SVP-Initiative in der Volksabstimmung angenommen würde, wäre dies das Ende des bilateralen Wegs.

Foto: Johannes Brüllj(Keystone).

Offizien 17. Mai abstimmen wer volle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative?). Einmal mehr treibt die SVP schon im Titel ihr Doppelspiel: Wie das gewünschte Ausmass von Migration zu ermitteln wäre, davon ist im gesamten Initiativtext nirgends die Rede. Vielmehr soll die Schweiz gemäss dem neuen Artikel 121b der Bundesverfassung „die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig“ regeln. Und zwar indem das Personenfreizügigkeitsabkommen, das die Schweiz 1999 mit der EU abgeschlossen hat, ausser Kraft gesetzt wird. Falls das nicht innerhalb eines Jahres auf dem Verhandlungsweg gelingt, muss der Bundesrat die Freizügigkeit binnen Monatsfrist kündigen. Damit fallen auch alle anderen bilateralen Verträge. Der Schwexit wäre da.

In der Kampagne der SVP scheinen auf den ersten Blick die ausländerfeindlichen Töne in die zweite Reihe verbannt. Stattdessen wirbt man mit dem Schreckbild einer 10-Millionen-Schweiz, was weder Infrastruktur noch Umwelt verkraften könnten. Dabei deklariert die SVP allerdings munter jegliche Negativerscheinung zur Folge der Personenfreizügigkeit Stau auf der Autobahn? Schmutzige, verspätete oder überfüllte Züge? Wohnungsnot? Verlust der Biodiversität? Steigende Benzinpreise? Windkraftanlage auf dem nahen Hügel? All das fände offenbar nicht statt, wenn bloss die Bilateralen nicht wären.

Studiert man die Argumente etwas genauer, sieht man die alte ausländerfeindliche Gesinnung aus jeder Ritze brechen. So sind anscheinend die Zugewanderten daran schuld, dass ältere Schweizer Arbeitnehmende aus ihren Stellen geschubst werden und in die Sozialhilfe abrutschen (und nicht die Untenrehmen, die 55-Jährige aussortieren statt sie nachzuqualifizieren). Eine Überbrückungsleistung, die den Älteren helfen soll und die sich derzeit in der politischen Pipeline befindet, lehnt die SVP bekanntlich ab. Gleichzeitig wird angeprangert, dass die Ausländerinnen und Ausländer in der Sozialhilfe überproportional vertreten seien. Am Ende, so wird suggeriert, sind auch „sie“ es, die „uns“ die Wohnungen wegnehmen, die Strassen verstopfen und die Eisenbahn dreckig machen.

Schweigen im Walde

Über die dramatischen Folgen eines Alleingangs für den Forschungs- und den Werkplatz Schweiz schweigt sich die SVP aus. 2018 exportierte die Schweiz Waren im Wert von 121 und Dienstleistungen für 61 Milliarden in die EU. Das würde weniger. Arbeitsplätze würden verschwinden, das Bruttoinlandprodukt ginge zurück. Eine Verringerung der Arbeitsmigration wäre damit nicht verbunden: Das von der SVP propagierte Migrationsregime bedeutet im Klartext eine Rückkehr zu Kontingenten. Die Wirtschaft wird sich die nötigen Arbeitskräfte zu beschaffen wissen. Diese sollen zu Dumpinglöhnen hier arbeiten, aber bitte ohne Familie. Im Klartext: Nicht weniger Einwanderung wäre die Folge, sondern weniger Schutz. Die VPOD-Kampagne ist unter <https://www.vpod.ch/jcampajgleiche-rechteJuer-allej> zu finden.

Mit Entrechtung gegen Entrechtung?

Anscheinend will eine Mehrheit im Bundesrat die Abstimmung über die SVP-Initiative dadurch gewinnen, dass Menschen aus Drittstaaten weiter entrechtet werden. Auf Antrag von Karin Keller-Sutter hat der Bundesrat Änderungen beim Ausländergesetz in Aussicht gestellt. Wenn jemand Sozialhilfe bezieht, soll der Entzug der Niederlassungsbewilligung C leichter möglich, der Zugang zur Aufenthaltsbewilligung B erschwert sein.

Keller-Sutter plante sogar Sippenhaft: Sie wollte - in Widerspruch zu jeglichem liberalen Staatsverständnis - Kinder von Eltern, die Sozialhilfe beziehen, von der Einbürgerung ausschliessen. Erst in letzter Sekunde wurde das peinliche Vorhaben unterbunden. Der VPOD warnt: Man wird durch fremdenfeindliche Politik keine Mehrheiten gegen eine fremdenfeindliche Volksinitiative gewinnen.

VPOD-Magazin, 1.3.2020.

VPOD-Magazin > Begrenzungsinitiative. VPOD Schweiz, 2020-03-01